Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 52.

№ 30. Sonnabend, 4. Februar 1928, abends. 81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen: eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa. Für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Rheinlandräumung gegen bar.

qu. Von besonderer Seite erfahren wir, daß die Rede Briands im Auswärtigen Amt als Beweis dafür angesehen wird, daß der französische Außenminister wünscht, die Frage der Rheinlandräumung wieder in Fluß zu bringen, sobald die Kammerwahlen vorüber sind. Von besonderer Bedeutung ist nach Ansicht der zuständigen Stellen Briands Erklärung, daß Frankreichs Sicherheit nicht am Rhein bedroht sei. Damit fällt nämlich die französische These „Rheinlandräumung gegen Sicherheiten".

Die neue These dürfte lauten „Rheinlandräumung gegen bar." Selbstverständlich ist damit nicht gemeint, daß wir die Räumung des besetzten Gebietes durch eine neue Belastung unseres Etats erkaufen würden. Dazu wären wir ja gar nicht in der Lage. Gemeint ist vielmehr, daß die Obligationen vorzeitig mobilisiert, das heißt, verkauft werden können, was Frankreichs Finanzen in erheblichem Maße zu Gute kommen würde. Prinzipiell hätte Deutschland hiergegen keine Einwendungen zu erheben, wenn auch natürlich erst die Rückwirkungen einer solchen Maßnahme genau geprüft werden müßten.

Unverständlich erscheint Briands Aufforderung an unsern Außenminister, seine Mahnung zur Abrüstung doch einmal nach der anderen Seite, also an die Adresse von Sowjet-Rußland, zu richten. An zuständiger Stelle ist man sich nicht ganz klar darüber, was der französische Außenminister mit dieser Redewendung gemeint hat. Da doch bekanntlich gerade Sowjet-Rußland auf der Abrüstungskonferenz die weitgehendsten Vorschläge gemacht hat. Es wird besonders betont, daß sich Rußland und Deutschland über die polnisch-litauische Frage bis in die geringfügigsten Einzelheiten einig seien.

Die deutsche Regierung begrüßt, wie wir erfahren, Briands Erklärung, daß er die öffentlichen Auseinandersetzungen für zweckmäßig erachtet, um zu einer Verständigung zu kommen, da der französische Außenminister diesen Standpunkt bekanntlich nicht immer vertreten hat. Sie begrüßt auch seinen Wunsch, bei der Rheinlandräumung weniger auf Sicherheiten — die durch Versailles u. Locarno ja in völlig ausreichendem Maße geschaffen sind — als auf finanzielle Vorteile zu sehen, da man hoffen kann, auf diese Art bedeutend eher zu einer Verständigung zu kommen.

Man glaubt an unterrichteter Stelle, daß die Stagnation der Verständigungspolitik, die nach dem verheißungsvollen Auftakt von Thoiry eingetreten ist, als überwunden angesehen wird. Natürlich müssen erst die französischen Wahlen vorüber sein. Vorher ist höchstens mit einer Reduzierung der Besatzung, auf keinen Fall aber mit einer Aufrollung der Räumungsfrage zu rechnen. Es ist so gut wie ausgeschlossen, daß Briand von den übrigen Besatzungsmächten bei seinen diesbezüglichen Absichten irgendwelche Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden, wenn er auch erklärt hat, noch einmal vorher mit London und Brüssel Fühlung nehmen zu müssen. Das dürfte nur eine formale Rücksicherung sein, wie ja auch der Direktor einer Aktiengesellschaft manchmal in einer Sache, die er sehr gut allein entscheiden könnte, vorher erst den Aufsichtsrat zusammenruft.

Sitzung des Reichskabinetts.

X Berlin. Das Reichskabinett hielt gestern nachmittag eine Sitzung ab, die sich mit einer Reihe laufender Angelegenheiten beschäftigte, so mit dem deutsch-tschechoslowakischen Handelsvertrag. Entgegen einer Ankündigung von anderer Seite ist über das Saarkohlenproblem nicht gesprochen worden. Auch das Reichsschulgesetz, das in diesen Tagen vor das Kabinett gebracht werden sollte, ist noch nicht zur Behandlung gekommen. Zu dieser Frage ist übrigens festzustellen, daß nach dem allgemeinen Eindruck in parlamentarischen Kreisen die Regierungsparteien das Ergebnis der bereits in Gang befindlichen Einzelbesprechungen zwischen verschiedenen Ministern abwarten. Sollte es auch auf diesem Wege nicht gelingen, zu einer Einigung zu kommen, so dürften die Fraktionen die Beratung des Reichsschulgesetzentwurfes bis zur zweiten Lesung im Bildungsausschuß aussetzen, um inzwischen den Etat zu erledigen, damit irgendwelche Komplikationen, die etwa bei der zweiten Lesung des Reichsschulgesetzentwurfes auftreten sollten, einen fertigen Reichshaushalt vorfinden.

Der Posträuber und Raubmörder Hein verhaftet.

Bamberg. (Funkspruch.) Der Posträuber Hein konnte heute vormittag in einer Wirtschaft in Weingarten bei Banz verhaftet werden.

Wie Hein verhaftet wurde.

Lichtenfels. (Funkspruch.) Die Verhaftung Heins erfolgte heute früh gegen 9 Uhr auf einem Felde unweit Weingartens bei Lichtenfels. Hein wurde von einem Polizisten des Fahndungskommandos gestellt und aufgefordert, sich sofort zu ergeben, andernfalls geschossen werden würde, worauf er sich, ohne Widerstand zu leisten, ergab. Mit hochgehobenen Händen führten ihn die Polizisten der Ortschaft Weingarten in die Wirtschaft von Lorenz. Der Raubmörder war stark heruntergekommen und total ausgehungert. Hein gestand, der gesuchte Posträuber und Raubmörder zu sein, und den Gendarmeriebeamten in Untersteman erschossen zu haben. Er ist ohne jede Barmittel. Papiere hat man bei ihm nicht vorgefunden, sondern lediglich einen Revolver und Munition. Nach einem Verhör wurde er mittels Auto heute nach Lichtenfels gebracht.

Weitere Einzelheiten zur Verhaftung Heins.

Lichtenfels. (Funkspruch.) Das Lichtenfelser Tageblatt berichtet noch zur Verhaftung Heins folgendes: Ein Fräulein aus Neubanz fuhr heute morgen auf dem Fahrrade auf der Strecke Kloster Banz nach Lichtenfels. Unweit der Wegkreuzung Köften-Stetten hielt sie ein junger Mann an, um sich nach dem Wege nach Koburg zu erkundigen. Das Mädchen stieg ab und sagte ihm, daß er am besten über Lichtenfels nach Koburg käme. Er antwortete: „Das kann ich nicht", und ging in der Richtung Stetten weiter. Der Mann trug einen grünen Anzug und einen etwas breiten Hut. Er hatte die Hände in den Hosentaschen und schlenderte langsam dahin. Als der Mann gegangen war, kam dem Mädchen plötzlich der Gedanke, daß es Hein sein könnte. Vor Angst fuhr das Mädchen wie rasend nach Köften—Stetten weiter und meldete den Vorfall dem Bürgermeister. Inzwischen war bereits die Verhaftung des Hein durch Landespolizei erfolgt. Hein wurde über Lichtenfels nach Staffelstein transportiert und befindet sich in Verwahrung im Amtsgerichtsgefängnis Staffelstein.

Die Einlieferung und Vernehmung Heins in Staffelstein.

Nürnberg. (Funkspruch.) Gegen ¾10 Uhr hatte Hein versucht, den großen Banzer Wald im Schutze des Nebels zu verlassen, stieß aber dabei auf den dort postierten Unterwachtmeister Lechner, der ihm zurief: „Stehen bleiben! Sie sind Hein. Hände hoch!" Hein versuchte, sich auf Ausflüchte zu verlegen, indem er sagte: „Was fällt Ihnen ein?" Der Abstand zwischen beiden betrug 15 Meter. Als Hein sah, daß er nicht entweichen konnte, ließ er sich von Lechner vor diesem in einigen Metern Entfernung hertreiben. Plötzlich versuchte Hein seinen alten Trick, indem er sich auf Lechner stürzte und ihm den Karabiner zu entreißen versuchte. Es kam zu einem Handgemenge, in dem ihn der Unterwachtmeister überwältigte. Auf einer in der Nähe aufgestellten Wachtstube lieferte Lechner den Mörder ab, von wo er sofort ins Bezirksamt Staffelstein eingeliefert wurde. Dort traf er um ½12 Uhr mittags ein. Das Uebernachten im Freien und die Kälte haben ihm stark zugesetzt. Die ganze Bevölkerung der Umgebung hatte sich bei der Umstellung des Waldes und der angeordneten Ueberwachung der Orte und der Flußübergänge beteiligt. Die Erregung war sehr groß, doch verhielten sich die Leute besonnen. Der Andrang in der Straße, in der sich das Bezirksamt befindet, war so stark, daß sie geräumt werden mußte. Doch konnte sie später wieder freigegeben werden. Der Verhaftete wird zur Zeit von einem Polizeikommissar der Polizeidirektion Nürnberg—Fürth und dem Amtsrichter in Staffelstein verhört. Er macht seine Aussagen zögernd. Hein war noch stark bewaffnet und hatte in einer großen Blechbüchse Dynamit bei sich, das genügt hätte, das 800 Einwohner zählende Staffelstein in die Luft zu sprengen. Sobald die Vernehmung beendet ist, kommt Hein nach Koburg, um der dortigen Staatsanwaltschaft vorgeführt zu werden.

Die Verhaftung von der Landespolizei in Bamberg bestätigt.

Bamberg. (Funkspruch.) Gegen mittag erhielt die Landespolizei Bamberg von dem Kommandanten der Landespolizei in Staffelstein die amtliche Bestätigung über die Verhaftung des Posträubers und Mörders Hein. Die Verhaftung erfolgte vormittags 9,45 Uhr in Weingarten bei Schloß Banz. Das Verdienst gebührt in erster Linie dem Unterwachtmeister Lechner von der Landespolizei in Bamberg, der durch sein entschlossenes Verhalten die Festnahme ermöglichte.

Tariferhöhungen bei der Reichsbahn bevorstehend?

Verkehrsfragen im Haushaltsausschuß.

vdz. Berlin. Der Haushaltsausschuß des Reichstags erledigte am Freitag nach Annahme des Etats des Reichswirtschaftsrats den Haushalt des Reichsverkehrsministeriums bis auf einzelne Positionen, die einem Unterausschuß überwiesen wurden. In der Debatte wurde noch eine Fülle von Einzelheiten besprochen. Nachdem der Kommunist Geschke sich gegen eine Verteuerung der Eisenbahntarife gewendet hatte, nahm

Reichsverkehrsminister Dr. Koch

das Wort, um auf die gedrückte Finanzlage der Reichsbahn hinzuweisen. Es sei richtig, daß die Reichsbahngesellschaft sich augenblicklich mit der Frage einer Tariferhöhung beschäftige. Wenn irgend angängig, müsse jedoch eine Tariferhöhung vermieden werden. Die Reichsbahn habe auch im Vorjahr keine neuen Strecken ausbauen können. In diesem Jahre werde das Reich nichts zu diesem Zweck zur Verfügung stellen können. Die Frage der Weiterführung der Elektrisierung sei eine Finanzfrage. Die Studiengesellschaft für den Bau von Schnellbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet habe bisher keine Finanzierung der Schnellbahnen erreicht. Da 1929 die Konzessionsfrist ablaufe, habe die Reichsbahn ihrerseits ein großes Bauprogramm in Höhe von etwa dreihundert Millionen mit einer Bauzeit von zehn Jahren ausgearbeitet. Es werde erwogen, in den Personenzügen künftig nur eine Polster- und eine Holzsitzklasse zu führen.

In der Frage der Wasserstraßenorganisation sei das jetzige Provisorium nicht zu halten. Leider verhielten sich die Länder vollständig ablehnend, so daß auf eine gütliche Regelung nicht zu rechnen sei. Der von seinem Vorgänger herrührende Gesetzentwurf solle tunlichst noch in diesem Gesetzgebungsabschnitt erledigt werden. Im Wasserstraßenbau habe er sich stark zurückgehalten. Die Erweiterung des Dortmund—Ems-Kanals und die Weser-Kanalisierung halte er für notwendig. An der Lufthansa sei das Reich mit sechseinhalb Millionen beteiligt, die Lufthansa habe überwiegend öffentlichen Charakter. Die Beihilfen des Reiches beständen zu einem erheblichen Teil aus Materialien-Zuschüssen und die Finanzgebarung werde scharf kontrolliert. Erwogen werde, in diese Prüfung das Parlament durch Heranziehung einiger Abgeordneter einzuschalten. Die Kontrolle der Entente habe uns jahrelang an der Entwicklung des Motorenbaues gehindert, wir müßten versuchen, auf diesem Gebiet auf der Höhe der Zeit zu bleiben. Das Ministerium gebe keiner einzigen Industrie Subventionen. Unsere Luftschiffahrt sei schlecht gestellt.

Abg. Krüger (Soz.) forderte Aufrechterhaltung der Unterstützung an die Kraftverkehrs-Gesellschaften. Abg. von Lemnitz (Dnat.) warnte vor Streichungen am Luftetat. Abg. Dr. Klönne (Dnat.) beantragte zwei Millionen Mark als erste Rate für Ausbau des Dortmund—Ems-Kanals in den Etat einzusetzen. Abg. Bruhn (Dnat.) forderte Berücksichtigung von Ost-Brandenburg, das auch Grenzland sei.

Ministerialdirektor Dr. Lotholz vom Finanzministerium wandte sich entschieden gegen den Antrag Klönne. Ministerialrat Stapenhorst gab Auskunft über die Maßnahmen des Ministeriums zugunsten des Kraftverkehrs. Abg. Dr. Mittelmann (DVp.) schilderte gleichfalls die Verkehrsnot im Osten. Abg. Erfing (Zentr.) wandte sich gegen die Schaffung eines Reichswege-Gesetzes.

Reichsverkehrsminister Dr. Koch erklärte, daß die Regierung eine Vereinheitlichung des Wegerechts ablehne und auch den Wegebau auf das Reich nicht übertragen wolle. Wohl aber seien mit den Ländern Richtlinien für einen einheitlichen Ausbau vereinbart.

Abg. Dietrich-Baden (Dem.) beklagte die Uneinheitlichkeit unserer Wirtschaftsfürsorge. Herr Dorpmüller mache die Eisenbahntarife, Dr. Brauns die Löhne, Schiele die Landwirtschaft, Dr. Schacht die Börse usw.

Im weiteren Verlauf der Beratung verteidigte Ministerialdirektor Dr. Brecht als Vertreter des Reichsrats den Antrag des Reichsrats und Preußens, zwei neue Positionen einzustellen oder zu erhöhen, darunter die Kanalisierung der Weser.

Angenommen wurde eine Entschließung der Wirtschaftlichen Vereinigung worin das Verkehrsministerium ersucht wird, bei Vergebung von Aufträgen das ortsansässige Handwerk und Gewerbe in größerem Umfange zu berücksichtigen und dabei so weit als möglich die Aufträge in kleinere Lose zu teilen.

Genehmigt wurde die Einstellung eines neuen Titels „Reichsbeihilfe für den Bau der Rheinbrücken bei Ludwigshafen, Speyer und Maxau als erster Teilbetrag sechshunderttausendfünfzigtausend Mark.

Ferner wurde eine Zentrumsentschließung angenommen, worin die Reichsregierung ersucht wird, die bereits im vorigen Jahre einstimmig vom Reichstag angenommene Entschließung nunmehr ohne weitere Verzögerung auszuführen, wonach geprüft werden sollte, in welcher Weise den durch die weitere Vertiefung und Verbreiterung der Unterweser schwer geschädigten Unterweserhäfen geholfen werden könne und wonach die erforderlichen Mittel, spätestens im diesjährigen Haushalt angefordert werden sollten